

051.11 - ZIS/LE

VERTRAULICH

PB N2 2

SCHLUSSBERICHT KROATIEN1. Einleitung

Drei Monate an einem Dienort sind nicht ausreichend, um ein vollständiges, abgerundetes Bild eines Landes zu bekommen. Für eine so komplexe und vielschichtige Situation wie in Kroatien, trifft dies besonders zu. Trotzdem sei der Versuch gewagt im folgenden Bericht eine möglichst vollständige Uebersicht über eine sich suchende, im Entstehen begriffene, sehr sensibel auf alle Kritik reagierende Nation zu geben. Ein grosser Vorteil in einem jungen Staat bildet die Tatsache, dass noch keine festgefahrenen Strukturen bestehen und deshalb alle Türen offen stehen. Dies erlaubt es auch einem Geschäftsträger zu höchsten Regierungsstellen Zugang zu erhalten; der internationale Kontakt wird geradezu gesucht, nicht zuletzt auch um der drohenden Isolation zu entgehen.

2. Innenpolitische Situation

Die von Präsident Tudjman angeführte Regierungspartei (HDZ) ist die alles dominierende politische Kraft Kroatiens. Die HDZ ist aber keine Partei im traditionellen Sinn, sondern eine Sammelbewegung, in der sich alle nationalistischen Kräfte vereinigen, welche die kroatische Unabhängigkeit zum Ziel hatten. Es ist deshalb nicht überraschend, dass sich langsam Risse zeigen. Auf der einen Seite die Hardliner, Ultranationalisten um Verteidigungsminister Susak und Vizepremier Seks, die die UNO-Truppen lieber heute als morgen rauswerfen würden, um mit militärischen Mitteln die von Serben besetzten Gebiete Kroatiens zu befreien. Ihnen wird auch nachgesagt, dass sie eng mit Mate Bobans herzegowinisch-bosnischer Kroatenrepublik zusammenarbeiten



und einer Einverleibung dieser bosnischen Gebiete mit Kroatien nicht abgeneigt wären. Auf der anderen Seite ein liberaler Flügel mit stark christlich-demokratischer Prägung um Premierminister Valentic, AM Granic und dem Kabinettschef des Präsidenten Radic. Eher dem liberalen Flügel zuzurechnen sind die alten Partisanenpolitiker Parlamentspräsident Mesic und Senatspräsident Manolic. Präsident Tudjman versucht die Bewegung zusammenzuhalten und eine mittlere Rolle zu spielen. Von seiner Neigung zum autoritär-pompösen Präsidialstil, würde Tudjman wahrscheinlich eher der harten Linie zuzurechnen sein. Als schlauer, mit allen Wassern gewaschener, äusserst wortstarker Politiker, lässt er sich aber nur gelegentlich in die Karten blicken. Es besteht aber kein Zweifel, dass der "Alte", wie Tudjman im Volksmund genannt wird, die Zügel fest in den Händen hält und die Politik von Zuckerbrot (materielle Vorteile) und Peitsche (Entlassungen) meisterhaft beherrscht. Selbst sieht er sich als der Retter Kroatiens und als derjenige, der Kroatien endlich den ihm gebührenden Platz in Europa beschert. Ein Parteikongress im Herbst dürfte eine erste Klärung über das Stärkeverhältnis der Flügel und die Position Tudjmans geben.

Die Opposition, die weniger als ein Drittel der Parlamentssitze innehat, hat sich erst in den letzten Monaten profiliert und ist im August mit einem gemeinsamen Vorstoss gegen die Regierungspartei ins Rampenlicht getreten. Die Gemeindewahlen haben landesweit eine klare Stärkung der sozialliberalen Partei und in der Region Istrien der dortigen Regionalpartei zur Folge gehabt.

Der Ruf nach einer Regierung der nationalen Einheit hat die HDZ bisher immer klar abgelehnt. Die sich ständig verschlechternde wirtschaftliche und soziale Lage wird den Druck in diese Richtung aber in nächster Zeit verstärken.

Am meisten Kopfzerbrechen bereitet der Regierung Tudjman die Lage in den von Serben besetzten kroatischen Gebieten. Gegen 30 % des völkerrechtlich Kroatien zugehörigen Land ist von Serben besetzt.

Diese sogenannten UNPA'S (United Nations Protected Areas) sollten gemäss UN-Resolutionen allmählich demilitarisiert, die Flüchtlinge reinstalled und der kroatischen Hoheit unterstellt werden. Der UNO ist es aber bisher nicht gelungen diese Resolutionen durchzusetzen. Dies hat in der kroatischen Bevölkerung und auch in der Regierung zu einer Anti-UNO-Haltung geführt. Es ist deshalb nicht verwunderlich, dass die kroatische Regierung die Verlängerung des UNO-Mandats von der Implementierung der Resolutionen abhängig macht. Eine harte Auseinandersetzung steht bevor, wenn es Ende September um die Weiterführung des UNO-Mandats geht. Die tägliche Beschiessung kroatischer Dörfer und Städte durch serbische Rebellen aus den UNPAS'S bestärkt die kroatische Regierung darin, dass die UNO entweder ihre Arbeit macht, d.h. die Implementierung der UNO-Resolutionen durchsetzt, oder Kroatien mit militärischen Mitteln dies selbst tut. Die Regierung ist sich aber wohl bewusst, dass eine militärische Intervention eine Eskalation ohne absehbare Folgen bewirken würde. Sie wird sich deshalb gut überlegen, ob sie das Mandat der UNO-Truppen mit all seinen Unzulänglichkeiten nicht trotzdem verlängern will, wie sie es in ähnlicher Situation bereits getan hat.

Ein Prüfstein für die Regierung sowohl gegenüber dem Ausland wie auch gegenüber der Opposition im eigenen Land, wird die Art und Weise sein, wie die Minderheiten- und Flüchtlingsfrage behandelt wird. Hatte sie sich zu Beginn des Konflikts gegenüber den Muslims, ihres damaligen Alliierten, sehr grosszügig gezeigt (Aufnahme von über 250'000 bosnischen Muslims) fällt es der kroatischen Regierung seit der muslimischen Angriffe auf kroatische Dörfer und Städte in Zentralbosnien und um Mostar immer schwieriger, diese Politik weiter zu führen. Auch wenn nicht von einer konzertierten Politik gegen die muslimischen und serbischen Minderheiten gesprochen werden kann, so sind doch Einschüchterungsversuche, Umsiedlung von Flüchtlingen in weniger komfortable Lager, Polizeikontrollen von Ausländern, d.h. Bosniern und Serben und Kündigungen von Arbeitsplätzen in letzter Zeit häufiger aufgetreten. Mit zunehmender wirtschaftlicher Not hat die

kroatische Bevölkerung immer weniger Verständnis für eine grosszügige Minderheitenpolitik. Es wird sich zeigen, ob die Regierung gegen den zunehmenden Druck von der Strasse genügend Stehvermögen auch für unpopuläre Entscheide haben wird.

3. Wirtschaft

Die Realisierung des "kroatischen Wirtschaftswunders", von Präsident Tudjman gross angekündigt, wird noch einige Zeit auf sich warten lassen. Die kroatische Wirtschaft ist mit zuvielen Problemen gleichzeitig konfrontiert, als dass schnelle Lösungen möglich sein würden.

- Die Existenz einer "Quasi-Kriegswirtschaft"
- Der Verlust ihres traditionellen Heimmarktes (Ex-Jugoslawien)
- Die Erosion ihres grössten Exportmarktes (Osteuropa)
- Die Rezession in ihrem neuen Exportmarkt (Westeuropa)

Eine durch den Krieg und seine Folgen (hohes Militärbudget, wenig ausländische Investitionen, 500'000 Flüchtlinge, hohe Arbeitslosigkeit, Hyperinflation) gekennzeichnete Wirtschaft mit dem Wechsel von einer zentralistischen verstaatlichten Planwirtschaft zu einer sozialen Marktwirtschaft in Einklang zu bringen, gleicht der Quadratur des Zirkels. Der Primat der Politik über die Wirtschaft wird deshalb noch einige Zeit anhalten. Das heisst, dass die Wirtschaftspolitik, die nötig wäre, um die kroatische Oekonomie zu sanieren, immer wieder an der politischen Situation scheitern wird und deshalb in nächster Zeit nur halbe Lösungen realisiert werden können.

In Stichworten sieht die wirtschaftliche Realität gegenwärtig so aus:

- Hyperinflation von ca 30 % im Monat
- Dramatische Schrumpfung des Pro-Kopfeinkommens (Durchschnittslohn ca 100 - 150 DM)

- steigende Arbeitslosigkeit (zwischen 20% - 30%)
- stockende Privatisierung
- zunehmende Korruption
- vermehrte soziale Spannung (Streiks)

Diesem desperaten Bild der kroatischen Wirtschaft steht auf der positiven Seite gegenüber:

- gut ausgebildete und arbeitswillige Arbeitskräfte
- intakte Infrastruktur
- riesiges Tourismuspotential
- Devisenreserven von über 1 Milliarde US Dollar
- liberale Wirtschaftsgesetzgebung

Auch wenn die gegenwärtige Analyse nicht sehr rosige Perspektiven verspricht, kann doch davon ausgegangen werden, dass Kroatien, sollte eine Stabilisierung eintreten, ein vielversprechendes wirtschaftliches Potential aufweist.

Die schweizerisch - kroatischen Handelsbeziehungen haben sich auf ein Minimum reduziert. (22,2 Mio SFr Importe, 23,5 Mio Exporte). Immerhin konnten die Importe aus Kroatien gegenüber dem Vorjahr um 30 % bei gleichbleibenden Exporten gesteigert werden. Die schweizerische Präsenz beschränkt sich auf die traditionellen Grossfirmen Nestlé, Sulzer, ABB und eine Grossinvestition der Portland Ciment Neuchâtel von 50 Mio SFr in Istrien. Die Devisenreserven Kroatiens sind zum weitaus grössten Teil auf Schweizer Banken deponiert. Die kroatische Regierung arbeitet im allgemeinen mit der Schweiz. Bankgesellschaft zusammen.

4. Kroatische Aussenpolitik

Kroatien bemüht sich seit seiner Unabhängigkeit ein möglichst umfassendes internationales Beziehungsnetz aufzubauen. Ende August wird Kroatien von 103 Staaten anerkannt. 25 Länder haben eine Vertretung in Zagreb. Der Versuch sich Europa anzunähern, d.h. mit der EG und der EFTA Abkommen abzuschliessen ist bisher immer wieder an der politisch unstabilen Lage gescheitert. Aus dem gleichen Grund sind bisher Kredite der übernationalen Finanzinstitute (IWF, Weltbank, EBRD) ausgeblieben. Auch die Beteiligung am EG-Osteuropaprogramm PHARE ist bisher Opfer der Bosnien-Politik Zagrebs geworden.

Deutschland ist klar der wichtigste Partner. Kroatien ist sich sehr bewusst, dass ohne die Anerkennung Deutschlands und dessen Druck auf die EG, die Suche nach Unabhängigkeit völlig anders hätte ausgehen können. Die in letzter Zeit von AM Kinkel gemachten kritischen Aeusserungen werden in Zagreb zwar widerwillig aber sehr genau zur Kenntnis genommen und alles daran gesetzt, den besten Alliierten nicht zu verärgern. Die deutsche Präsenz manifestiert sich übrigens nicht nur durch die Tatsache, dass die DM das Zahlungsmittel schlechthin ist, sondern auch durch die Uebernahme deutscher Wirtschaftsgesetzgebung und professoraler Expertisen. Die Beziehungen zu Frankreich und Grossbritannien, die in Zagreb als serbenfreundlich gelten, sind gespannt. Die Stellung der USA hat mit der Ernennung eines Botschafters an Bedeutung zugenommen. Die grosse kroatische Diaspora sowohl in Nordamerika wie in vielen europäischen Ländern ist sowohl wirtschaftlich wie politisch ein zunehmend wichtiger Faktor.

Das sehr angespannte Verhältnis zur UNO ist durch die aus kroatischer Sicht ungenügende Leistung der UNO-Truppen in den UNPA'S zu erklären. Die Personalpolitik der UNO mit der Besetzung des Oberbefehlshabers durch einen Franzosen (General Cot), des zivilen Verantwortlichen durch einen Engländer (Cedric Thornberry) und vor allem die sehr

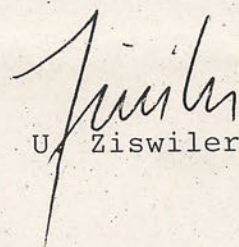
umstrittene Verhandlungsführung Lord Owens haben das Misstrauen gegenüber den Vereinten Nationen arg strapaziert.

Die Politik Kroatiens gegenüber Bosnien-Herzegowinas ist durch viele Wechselbäder gekennzeichnet. Zagreb unterstreicht auf der einen Seite immer wieder, dass Kroatien als erstes Land Bosnien-Herzegowina anerkannt habe, dass es über 500'000 Flüchtlinge, davon 250'000 Muslims, aus Bosnien aufgenommen habe und dass Bosnien-Herzegowina als souveräner Staat weiterbestehen müsse. Auf der anderen Seite, nicht zuletzt auch auf Druck der Öffentlichkeit, muss es auf die kroatische Bevölkerung in Bosnien Rücksicht nehmen. Die oft eigenmächtige Politik des bosnischen Kroatenführers Mate Boban, bringt die hiesige Regierung immer wieder in Verlegenheit. Gleichzeitig kann Boban seine Politik nur machen, weil er weiss, dass er starke Unterstützung in der kroatischen Regierung hat. Die "herzegowinische Lobby" unter Führung des Verteidigungsministers Susak nimmt innerhalb der Regierung eine sehr starke Position ein. In der Hoffnung, das Krajna-Problem schneller lösen zu können, ist Tudjman bereit, in Bosnien Kompromisse mit Milosevic einzugehen, die aber international auf wenig Verständnis stossen. Die ursprünglich moslemisch-kroatische Koalition ist aus den bekannten Gründen in die Brüche gegangen. Die Kämpfe in Zentralbosnien und in Mostar haben das Misstrauen dermassen vergrössert, dass diese Koalition für einige Zeit nicht wieder herstellbar sein wird.

5. Schlussbemerkungen

Es ist zur Binsenwahrheit geworden, aber deshalb nicht weniger richtig, dass Kroatiens Zukunft eng mit der Lösung oder Nichtlösung des Konfliktes verknüpft ist. Dies gilt sowohl für die Innen- wie Aussenpolitik und insbesondere auch für die Wirtschaft. Innenpolitisch werden die nationalistischen, populistischen, in Richtung Präsidentialdiktatur tendierenden Kräfte es solange einfacher haben, als der Konflikt andauert und demagogische Führungskräfte die Ohnmacht der

Bevölkerung ausnützen. Eine Konsolidierung der Lage würde es den demokratischen, liberalen Kräften - es gibt ausreichend davon - erleichtern, Kroatiens junge Demokratie zu stabilisieren und die Wirtschaft langsam in Richtung einer sozialen Marktwirtschaft westeuropäischen Zuschnitts zu entwickeln. An Ansätzen und Potential fehlt es nicht. Grösstes Handicap ist das Erbe des ehemaligen Regimes (Filz, Bürokratie, mangelnde Kritikfähigkeit und versteckte Korruption). Verbunden mit übertriebenem Nationalismus, der eine sinnvolle Minderheitenpolitik stark erschwert, ergibt das eine Mischung, die schnelle Erfolge auf allen Gebieten kaum ermöglichen. Wenn es Kroatien gelingt die vorhandenen positiven Elemente vermehrt zu fördern, hat es, auch im Vergleich mit den meisten seiner Nachbarn, gute Aussichten mittelfristig zu reüssieren.


U. Ziswiler

- Verteiler:
- EDA, Politische Direktion
 - EDA, DIO
 - EDA, Politisches Sekretariat
 - EDA, Politische Abteilung I
 - EDA, DEH, SKH
 - EDA, Herrn Botschafter J. Rial, Koordinator für int. Flüchtlingspolitik
 - EJPD, Bundesamt für Flüchtlinge
 - Schweizer Botschaft, Belgrad
 - Oberst U. Rüeegger, Schweizer Botschaft, Wien
 - Botschafter P. Tröndle